



## KONJUNKTURREPORT

10. Jg., Ausgabe 2, Juni 2010

### Konjunkturerholung im Schatten erhöhter Unsicherheit auf den Finanzmärkten

Die Erholung der **Weltwirtschaft** hat im Frühling weiter Tritt gefasst. Maßgeblich waren nach wie vor die wirtschaftspolitischen Impulse und die Wiederaufstockung der Lagerbestände. Auch der Welthandel konnte deutlich zulegen. In den **Vereinigten Staaten** nahm die um Saison- und Kalendereffekte bereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,8 % im Vergleich zum Vorquartal zu. Positive Wachstumsbeiträge kamen von den privaten Konsumausgaben, den Unternehmensinvestitionen und der Lagerveränderung. Der Staatsverbrauch, die Wohnbauinvestitionen und – aufgrund stark steigender Importe - der Außenbeitrag bremsen das Wachstum hingegen. Auch in **Japan** hielt der Aufwärtstrend an. Die saisonbereinigte gesamtwirtschaftliche Produktion nahm in den ersten drei Monaten des Jahres um 1,2 % zu. Die Impulse kamen wiederum vor allem vom Außenhandel, der von der Belebung in den anderen asiatischen Ländern profitierte. Aber auch alle anderen Nachfragekomponenten des Bruttoinlandsprodukts mit Ausnahme der öffentlichen Investitionen wurden ausgeweitet. Die Erzeuger- und Verbraucherpreise sinken nach wie vor auf breiter Front. Getragen wird der Aufschwung der Weltwirtschaft weiterhin von den **asiatischen** Schwellenländern. In China erhöhte sich die reale Produktion im ersten Vierteljahr im Vorjahresvergleich um rund 12 %. Wenngleich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Wachstum nach wie vor stützen, trägt sich die private Inlandsnachfrage zunehmend selbst. Auch in **Lateinamerika** erholt sich die Konjunktur weiter in hohem Tempo. Einige Länder der Region profitieren von den steigenden Rohstoffpreisen. Die vorliegenden Indikatoren, etwa der globale Einkaufsmanagerindex oder der vom Münchner ifo Institut veröffentlichte Weltwirtschaftsklimaindex, sprechen für eine Fortsetzung des Aufschwungs in den kommenden Monaten.

(Fortsetzung Seite 7)

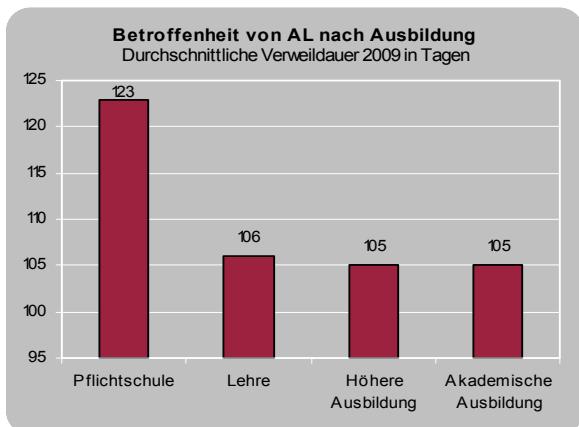
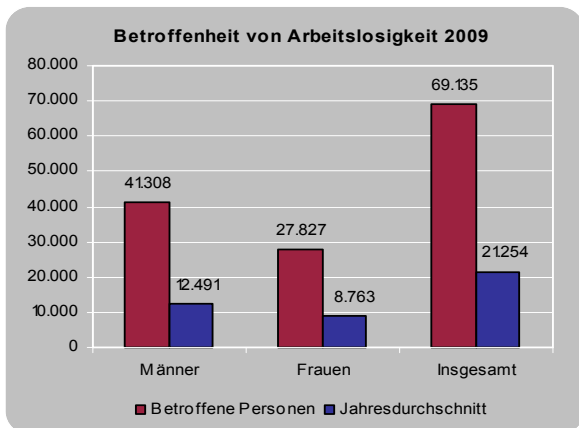
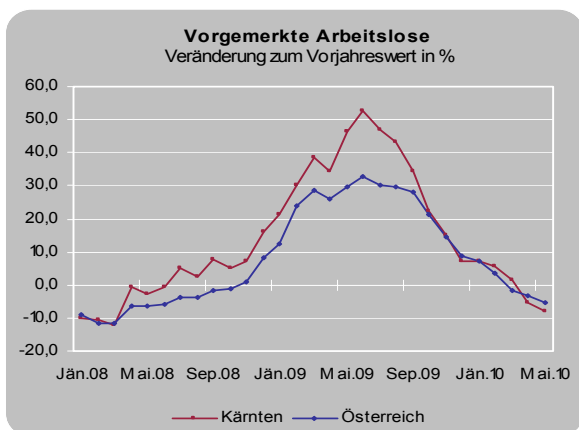
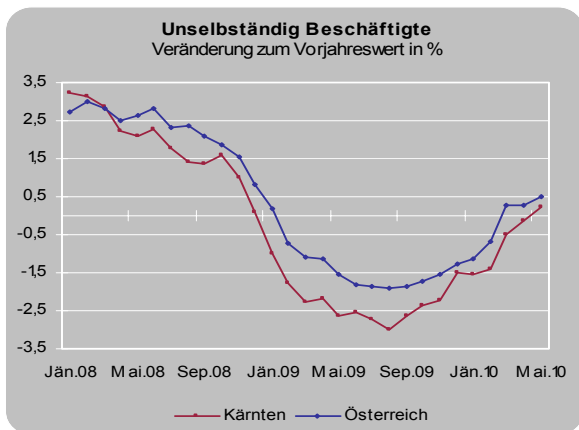
### Böse Spekulanten

Es sind die bösen Spekulanten, die Finanzmärkte, die die gesamte Eurozone vor sich her treiben. Sie haben Griechenland als das schwächste – hoch verschuldete, hoch defizitäre, unzureichend wettbewerbsfähige – Land der Eurozone identifiziert, griechische Staatsanleihen in massivem Umfang verkauft und so den Zinssatz in eine Höhe getrieben, die das Land zahlungsunfähig und ein milliarden-schweres Rettungspaket notwendig gemacht hat. Ein Hauptargument für dieses Rettungspaket war die Befürchtung eines Dominoeffekts für andere Problemländer in der Eurozone wie Portugal oder Spanien und um eine solche Spekulation gar nicht erst aufkommen zu lassen und den Euro zu verteidigen, wurde in einem zweiten Schritt ein gigantisches Volumen von Haftungserklärungen mit 750 Mrd. € aufgestellt, das die Re-Finanzierung dieser Länder sichern soll.

Gegen diese böse Spekulation wollen die Regierungen mit Steuern, Auflagen und Kontrollen vorgehen: sie soll eingedämmt werden, es sollen künftige Krisen verhindert und die Spekulation an den Kosten der Finanzkrise über zusätzliche Staatseinnahmen wenigstens beteiligt werden. Dies kommt gut an bei den fassungslosen und empörten Steuerzahlern, demonstriert die Handlungsfähigkeit der Regierungen und wird doch wenig nutzen. Ganz übersehen wird dabei, dass der Spekulation auch eine positive, heilsame Wirkung zukommt.

Dieser positive Effekt liegt nicht in der deutlichen Abwertung des Euro gegenüber dem US-\$, die ja die konjunkturelle Erholung durch steigende Exporte unterstützt. Er liegt vor allem in dem unausweichlichen Reform- und Sanierungsdruck der jetzt von den Finanzmärkten auf die Länder der Eurozone ausgeht. Griechenland, Portugal und Spanien haben jetzt Programme der Budgetsanierung beschlossen, die ohne den immensen Druck von

(Fortsetzung Seite 8)



Die von der Finanzkrise ausgelöste schwere Rezession hat im Jahr 2009 tiefe Spuren in der Entwicklung des Arbeitsmarktes hinterlassen. Mittlerweile hat sich die Situation jedoch wieder etwas entspannt. So beträgt im Mai die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 16.409 und liegt damit um 7,9 % unter dem Vorjahreswert (Österreich: 227.089; -5,3 %). Auch die Beschäftigungsentwicklung stabilisiert sich merklich; die Zahl der unselbständig Beschäftigten nimmt in Kärnten im Mai dieses Jahres erstmals seit Beginn des Jahres 2009 wieder zu (+0,2 %; Österreich: +0,5 %).

Trotz erster positiver Signale muss noch einige Zeit von einer ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes ausgegangen werden; das Wirtschaftswachstum wird nicht ausreichen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken. Auch bestehen strukturelle Probleme der Arbeitsmarktentwicklung fort (hohe Langzeitarbeitslosigkeit etc.)

Zudem ist die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres viel höher, als dies die Bestandszahlen vermuten lassen. Mit insgesamt 69.135 von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen im Jahr 2009 waren in Kärnten mehr als drei mal so viele Personen im Verlauf des Jahres – kürzer oder länger – arbeitslos, als dies die Bestandszahl von 21.254 Personen vermuten lässt.<sup>1</sup> Fast die Hälfte dieser Personen (45,4 %) war dabei innerhalb des Jahres mehrfach arbeitslos. Auch ohne diese Mehrfacharbeitslosen, waren immer noch fast doppelt so viele Personen „irgendwann“ im Jahresverlauf arbeitslos als der Jahresdurchschnitt zeigt.

Knapp jeder sechste Arbeitslose (17,2 %) war im Jahr 2009 mindestens sechs Monate ohne Arbeit; die durchschnittliche Verweildauer liegt in Kärnten mit 112 Tagen unter dem Bundesdurchschnitt von 115 Tagen. Die Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt mit dem Alter zu und schwankt zwischen 71 Tagen in der Altersgruppe bis 19 Jahre und 128 Tagen (60 bis 64 Jahre).<sup>2</sup> Darüber hinaus sind Personen mit geringer Qualifikation (höchstens Pflichtschulabschluss) am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen<sup>3</sup> und auch am längsten arbeitslos, wie die durchschnittliche Verweildauer dieser Gruppe zeigt (123 Tage). R.K.

<sup>1</sup> Arbeitsmarktservice Österreich (2010a). *Personenbezogene Auswertung zur Struktur der Arbeitslosigkeit in Österreich 2009*. AMS Österreich: Wien.

<sup>2</sup> Sowohl für die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nach Alter, als auch nach höchster abgeschlossener Ausbildung liegen die Daten lediglich für Gesamtösterreich vor.

<sup>3</sup> Arbeitsmarktservice (2010b). *Arbeitsmarkt & Bildung – Jahr 2009*. AMS Österreich: Wien.

### Serie Klimaschutz (XI): Die Energiestrategie Österreich

Im März dieses Jahres wurde von den zuständigen Ressortministern die „Energiestrategie Österreich“ vorgestellt.<sup>4</sup> Der Präsentation des Strategiepapiers ging eine knapp einjährige Erarbeitungs- und Konsultationsphase voraus, an der rund 150 Expert/innen teilgenommen haben. Die Energiestrategie Österreich soll „die Schwerpunkte einer künftigen Energie- und Klimapolitik aufzeigen und die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen einen Weg dar, wie der österreichische Anteil an den europäischen Energie- und Klimazielen erreicht werden kann.“

Das vorliegende Strategiepapier ist somit die Antwort Österreichs auf das Energie- und Klimapakett (20/20/20 Ziele)<sup>5</sup> der Europäischen Union. Mit der Energiestrategie soll ein langfristiger Prozess in der heimischen Energiepolitik eingeleitet werden, welcher auf der sogenannten 3E-Formel beruht. Darunter versteht man, dass die zukünftige Energiepolitik Österreichs sich daran orientiert,

- die Energieeffizienz zu erhöhen und Energie einzusparen,
- die Nutzung erneuerbarer Energien weiter auszubauen und
- die Energieversorgung langfristig sicher zu stellen.

Dabei geht die Energiestrategie von einer einfachen Annahme aus: Will Österreich seine Emissionseinsparungsziele (-16 %) sowie sein Ziel zum Ausbau erneuerbarer Energieträger (+34 %) erreichen, dann muss es zuerst gelingen, eine weitere Zunahme des Energieverbrauchs zu verhindern. Als vorrangiges Ziel wird deshalb die Stabilisierung des Endenergieverbrauchs (EEV) auf dem Niveau des Jahres 2005 (1.106 PJ) festgelegt. Gegenüber dem vorliegenden Basisszenario (2020: ca. 1.310 PJ EEV) bedeutet dies eine Reduktion des EEV um ca. 200 PJ bis zum Jahr 2020.

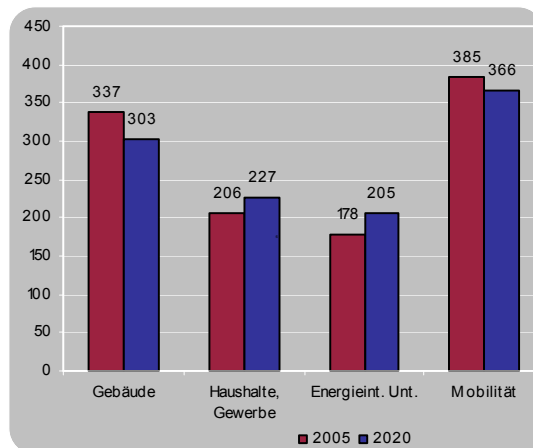
Ausgehend davon werden in der österreichischen Energiestrategie sektorale Ziele festgelegt. Im Sektor Gebäude (Raumwärme, Kühlung, Wohn-, Dienstleistungs- und Gewerbegebäude) soll eine 10%-ige Reduktion erreicht werden.

Zu einer Verringerung des Energiebedarfs von 385 PJ auf 366 PJ pro Jahr soll es im Sektor Mobilität kommen. In Anbetracht der hohen jährlichen Wachstumsraten im Verkehrsbe-

reich stellt eine Reduktion um 5 % ein ambitioniertes Ziel dar.

Ein höherer Energieverbrauch wird den Sektoren Haushalte, Gewerbe, Dienstleistung, Landwirtschaft, Kleinverbrauch (+10 %) sowie dem Sektor „Energieintensive Unternehmen“ (+15 %) zugestanden (vgl. Abbildung 1).

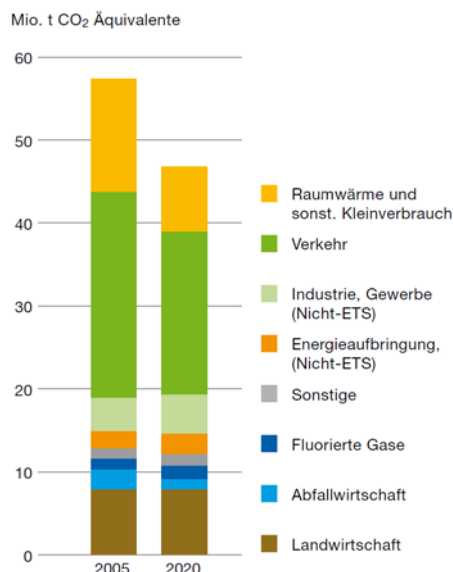
Abbildung 1: Sektorale Zielsetzungen (PJ)



Quelle: Eigene Darstellung IHS Kärnten

Gelingt es, den langjährigen Trend zu brechen und den Energieverbrauch auf einem Niveau von 1.100 PJ zu stabilisieren, dann sind zur Erreichung der 34%-Zielgröße für erneuerbare Energieträger (EET) ca. 390 PJ notwendig. Das größte Potential sieht die Energiestrategie in der Stromerzeugung aus EET (+32,1 PJ), der Fernwärme (+23,3 PJ), der Wärmeerzeugung aus EET (+26,4 %) sowie bei der Nutzung von Biotreibstoffen (+31,7 PJ).

Abbildung 2: Abschätzung der Treibhausgasemissionen im Nicht-Emissionshandelsbereich



Quelle: Umweltbundesamt

<sup>4</sup> BMLFUW & BMWFJ (2010). Energiestrategie Österreich. <http://www.energiestrategie.at/>

<sup>5</sup> Vgl. dazu: IHS Konjunkturreport. 20-20-20 bis 2020. 8. Jg., Ausgabe 1, März 2008

Durch die Umsetzung der Energiestrategie sollen große Fortschritte bei der Vermeidung von Treibhausgasemissionen im Sektor Verkehr (-19 %) und Raumwärme (- 45 %) erreicht werden (vgl. Abbildung 2). Ausgehend von einem Niveau von rund 60 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten im Jahr 2005 wird eine Reduktion um insgesamt 16 % bzw. auf 49 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente im Jahr 2020 angestrebt.

Die österreichische Energiestrategie enthält insgesamt 327 Einzelmaßnahmen, welche von Arbeitsgruppen zu den einzelnen Themenbereichen vorgeschlagen wurden. Einige „übergreifende“ Maßnahmen haben Auswirkungen auf viele Bereiche und sind deshalb von besonderer Bedeutung. Dazu zählt:

- Die Erarbeitung eines Energieeffizienzgesetzes des Bundes und entsprechende Regelungen in den Ländern. Kernelemente des Energieeffizienzgesetzes sollen die Steuerung des Energieverbrauchs, der rationelle Energieeinsatz und die Anpassung von Materiangesetzen sein.
- Die Umsetzung eines Klimaschutzgesetzes mit dem Ziel, die Klimaziele und Verantwortlichkeiten in Zukunft besser mit den Bundesländern und den betroffenen Bundesministerien zu akkordieren.
- Die historisch gewachsene Förderlandschaft soll einem umfangreichen „Screening“ unterzogen werden. Dadurch sollen einerseits Doppelgleisigkeiten und Zielkonflikte in den Förderungen und Anreizsystemen abgebaut werden und andererseits die Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden.
- Die Durchführung einer ökologischen Steuerreform, welche ein *„wesentliches Instrument zur Erreichung der Ziele im Bereich Energie- und Klimaschutz“* sein soll. In diesem Zusammenhang werden in der Energiestrategie beispielsweise die Erhöhung von Umwelt- und Energiesteuern oder die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer mit gleichzeitigen Ausgleichsmechanismen als sinnvolle Maßnahmen dargestellt.
- Mit dem Begriff „Energieraumplanung“ umschreibt die Energiestrategie das Ziel, in der österreichischen Raumordnung Energie- und Klimaziele verpflichtend zu verankern. Darauf erwartet man vor allem im Mobilitätsbereich eine Reduktion des Energieverbrauchs bzw. der Emissionsbelastung durch ein verändertes Mobilitätsverhalten.

- Die energierelevanten Forschungs- und Entwicklungsbudgets der Länder sollen schrittweise erhöht werden, um die österreichische Energietechnologieentwicklung weiter zu forcieren sowie die internationale Kooperation auszubauen. Die Energiestrategie spricht davon, durch *„die Schaffung eines innovationsfreundlichen Marktumfeldes die Chancen für neue Energietechnologien zu verbessern.“*
- Die Energiestrategie legt thematische Forschungs- und Entwicklungsprogramme fest, für welche prioritär öffentliche Mittel zu Verfügung gestellt werden sollen. Zu den Schwerpunktfeldern zählen die Effizienzsteigerung bei Umwandlung, Verteilung und Verbrauch von elektrischer Energie, die Netto-Nullenergie-Gebäude und die Sanierungsstruktur sowie die Forschung zur Steigerung der Nutzung EET.
- Der Bereich Bewusstseinsbildung, Bildung und Aufbau von Humankapital rundet die in der Energiestrategie vorgeschlagenen „übergeordneten“ Maßnahmen ab.

Viele der über 300 Maßnahmen finden sich nur im Anhang und werden in der Energiestrategie nicht näher ausgeführt. Dieser Maßnahmenkatalog enthält eine Reihe bemerkenswerter Vorschläge, deren Umsetzung auf erheblichen Widerstand stoßen wird. Auszugsweise kann auf

- die Aufhebung einer Deckelung in der Photovoltaik-Tarifförderung,
- die Forderung nach einem Kraftwerksausbaustopp für konventionelle Anlagen,
- die geologische Speicherung von CO<sub>2</sub> in Österreich,
- eine Sanierungspflicht bei Energiegrenzwert-Überschreitung oder
- die Einführung eines flächendeckenden Roadpricing für PKW verwiesen werden.

Insgesamt ist die österreichische Energiestrategie ein sehr umfangreiches Konzept, wobei man darauf gespannt sein kann, ob die im vorliegenden Papier vorgesehenen Phasen der Maßnahmenumsetzung und die Implementierung einzelner Punkte nicht wie so oft an der politischen Realität scheitern werden. Es ist jedoch zu hoffen, dass in Anbetracht des augenscheinlichen Handlungsbedarfs zumindest ein Großteil der Maßnahmen rasch in Angriff genommen wird und die Klima- und Energiepolitik in wirtschaftlich schweren Zeiten nicht in den Hintergrund rückt.

M.B.

## Wieder mehr Geburten, gilt das auch für Österreich und Kärnten?

Eine Veröffentlichung zweier demografischer Forschungsinstitute analysiert die Geburtenentwicklung in den industrialisierten Ländern<sup>6</sup>: Zum ersten Mal seit dem Babyboom der 1960er Jahre erhöhten sich die Geburtenraten in den entwickelten Ländern gleichzeitig. So haben Länder wie Frankreich, Norwegen und Großbritannien eine TFR (total fertility rate) von rund zwei Kindern erreicht, das entspricht in etwa dem Bestandserhaltungsniveau. In den meisten Industrienationen stieg die TFR im Zeitraum 2003-2008 wieder an, Deutschland und Österreich bilden dabei eine Ausnahme: hier hat sich das Geburtenniveau kaum erhöht. Ein leichter Aufwärtstrend ist aber auch für Österreich nachweisbar: von 2007 auf 2008 stieg die Anzahl der Lebendgeborenen um 1,97%, in Kärnten wenigstens um 0,32%.

Die Höhe des Ausbildungsgrades ist in Österreich ein wesentlicher Indikator für späte Erstgeburt oder Kinderlosigkeit. So weisen österreichische Frauen mit Gymnasial-, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss als Gruppe eine fast zehn Prozentpunkte höhere Kinderlosigkeit auf als Frauen mit mittlerem und niedrigem Bildungsabschluss. Dies hat auch Auswirkungen auf die Folgegeneration: Kinder von höher ausgebildeten Eltern erwerben zumeist auch selbst einen höheren Ausbildungsgrad. Frauen, die für das Unterrichts- und Gesundheitswesen oder für die Landwirtschaft ausgebildet sind, bleiben seltener kinderlos, als Frauen mit einem sozialwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen oder künstlerischen Abschluss; die Folge ist eine „Geburtenkonzentration“, das heißt, dass die Neugeborenen von immer weniger Müttern zur Welt gebracht werden.

Das Durchschnittsalter der Mütter aller Lebendgeborenen in Kärnten liegt im Jahr 2008 mit 29,7 Jahren nicht weit von der Vergleichszahl Österreichs (29,9) entfernt. Die Geburten sind jedoch von 2003-2008 um 1,85% gesunken, im Gegensatz zu 1,05% im

österreichischen Durchschnitt. Nach dem historischen Tiefstand 2009 weist Kärnten im ersten Quartal<sup>7</sup> den höchsten Zuwachs im Bundesländervergleich (+11,5%) auf; ob dieser Trend anhält, ist wohl eher fraglich. Zu den Bundesländern mit deutlichem Geburtenrückgang zählen auch Tirol und Salzburg. Grund für den Fertilitätsrückgang ist unter anderem das Hinausschieben des Kinderwunsches ins höhere Alter, in dem meist schon eine geringere Fruchtbarkeit vorliegt bzw. die Unsicherheit, ein gesundes Kind zu bekommen, steigt. Daneben haben eine instabile wirtschaftliche Situation und hohe Abwanderungsraten von jungen Leuten negative Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung eines Landes. Dies betrifft auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise: Die vorläufigen Geburtenzahlen von Eurostat für 2009 bestätigen eine fallende Tendenz der Anzahl Neugeborener in der EU. Vielfach kann der Rückgang der Geburtenrate durch Migration verlangsamt oder sogar umgekehrt werden, eine Tatsache die beispielsweise auf Wien zutrifft, in Kärnten aber so gut wie keine Bedeutung hat.

„Moderne Zivilgesellschaften“, die schon eher den Anspruch eines Doppelversorgermodells verwirklicht haben, sind beispielsweise Schweden und Frankreich. Vergleicht man die österreichische Situation mit der in Schweden, so zeigt sich, dass dort die Kinderlosigkeit weitaus weniger von der Bildungshöhe abhängt. Familienpolitische Maßnahmen in Schweden sind auf den Erhalt der Erwerbstätigkeit ausgerichtet, ein durchlässiges Schulsystem und ein lebenslanger Zugang zur Bildung ermöglichen eine Anpassung an familiäre Veränderungen und garantieren die Erreichung eines hohen Bildungsniveaus fernab der elterlichen Unterstützung.

Die institutionellen Rahmenbedingungen der Kinderbetreuung und niedrige monetäre Anreize, nach dem ersten Kind zu Hause zu bleiben können als Gründe für die deutlich höhere Geburtenrate in Frankreich genannt werden. Haushalte mit Kindern profitieren außerdem vom Familien-Splitting; hier wird die Steuerlast unabhängig von den Beschäftigungsverhältnissen der Partner im Verhältnis der Anzahl der Kinder reduziert. Am höchsten ist die steuerliche Entlastung für Familien mit mindestens drei Kindern und für einkommensstarke Haushalte, eine Tatsache, die es Frauen mit Hochschulbildung leichter macht, ihrem Kinderwunsch zu folgen.

M.S.

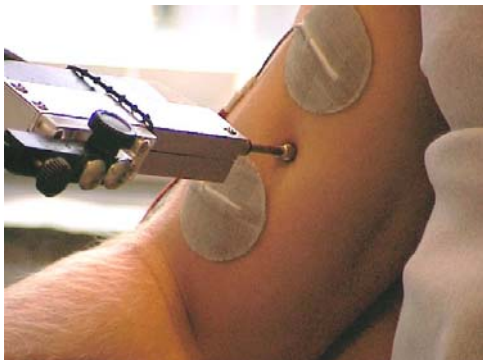
<sup>6</sup> Goldstein, J.R., T. Sobotka and A. Jasilioniene: The end of „lowest-low fertility“? Population and Development Review 35 (2009)4: 663-699. Vgl. auch Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, Vienna Institute of Demography (ÖAW), Rostocker Zentrum zur Erforschung des sozialen Wandels, Österreichisches Institut für Familienforschung.

<sup>7</sup> gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum

### Who is Who in Slovenian Business (27): TMG-BMC d.o.o.

Das Unternehmen TMG-BMC d.o.o.<sup>8</sup> im Technologiepark Ljubljana wurde im Jahr 2001 gegründet und ist im Bereich der Biomedizintechnik tätig. Es hat eine innovative Methode („Tensiomyography“ oder kurz TMG) zur Muskeldiagnostik und Trainingsoptimierung entwickelt. TMG ermöglicht die Messung der Kontraktionseigenschaften eines Muskels und ist in den Bereichen Sport, Medizin sowie im Anti-Aging Bereich anwendbar. Das Verfahren ermöglicht die Abschätzung des physischen und gesundheitlichen Zustandes eines Individuums sowie die individuelle Anpassungsfähigkeit an verschiedene Faktoren (z.B. Erschöpfung, Stress, Dehydration). Durch elektrische Stimulation wird eine künstliche Kontraktion des entsprechenden Muskels hervorgerufen, die mit Hilfe eines speziellen Sensors gemessen werden kann (vgl. Abbildung 3).

**Abbildung 3: Die Methode der Messung**



Quelle: <http://www.tensiomyography.com>

Im Sportbereich ermöglicht die Methode Muskelfasertypen, Muskelungleichgewichte sowie alte ungeheilte Verletzungen zu bestimmen. Auch im Bereich der Medizin stellt TMG ein wichtiges Diagnosewerkzeug dar. Die nichtinvasive Methode kann – im Gegensatz zu anderen Verfahren – sofort nach einem operativen Eingriff angewendet werden, um den funktionalen Muskelzustand zu bestimmen, da der Patient keine Muskelkraft anwenden muss.

Die Methode wurde von einer Gruppe Expert/inn/en der Fakultät für Elektrotechnik in Ljubljana in Zusammenarbeit mit verschiedenen slowenischen Institutionen entwickelt. Um die Produkte und Dienstleistungen ständig weiterzuentwickeln wurde im Unternehmen auch eine eigene Forschungsgruppe gegründet, die mit namhaften Forschungspartnern zusammenarbeitet.

A.K.

<sup>8</sup> Vgl. <http://www.tensiomyography.com/> und <http://www.tp-lj.si/en>

### Hidden Champions (33): Weinberger GmbH

Die Firma Weinberger GmbH mit Sitz in Reichenfels im Lavanttal ist ein Beispiel für die Wandlung eines traditionellen Betriebs aus landwirtschaftlichem Umfeld hin zu einem innovativen Betrieb der Holzverarbeitung.

Im Jahre 1856 wurde nach Jahren der Tätigkeit des Firmengründers im Bereich des Holzhandels mit dem Bau eines Sägewerks das Unternehmen gegründet. Die folgenden Jahrzehnte waren geprägt durch Ausbau des Standorts, z.B. durch Schaffung eines Rundholzplatzes, durch Beginn einer Parkettproduktion oder durch Bau eines Hobelwerkes für Profildreher und Bauholz.

Einen wesentlichen Innovationsschub erlangte das Unternehmen im Jahre 1982 durch die Einführung der Keilzinkung, einer Längsverbinding zweier Vollhölzer, deren Enden mit keilförmigen Zinken gleicher Teilung und gleichen Profils ineinandergreifen und miteinander verleimt sind.

Das heutige Säge- und Hobelwerk erzeugt mit seinen 32 Mitarbeitern tragende Holzbauteile.

Die hohe Innovationskraft des Unternehmens wurde im Jahr 2001 von der Wirtschaftskammer mit dem Landessieger im Bereich Wachstum und Forschung sowie mit dem dritten Platz beim Innovations- und Forschungspreis des Landes Kärnten belohnt.

Jüngst wagten die Geschäftsführer Johann J. Weinberger und Johann A. Weinberger eine Expansionsmaßnahme mit dem Kauf des insolventen Unternehmens „Salzburger Holzindustrie“. Als Gründe für diesen Schritt sehen die Geschäftsführer, weiteres Expansionspotential und andererseits eine gute Ergänzung der Produktpalette von Weinberger durch die SHI.

M.S.

### Abgeschlossene Projekte: Aktualisierung des makroökonomischen Kärnten-Modells

Entscheidungen über wirtschaftliche Sachverhalte sind durch eine zunehmend komplexer werdende Umwelt charakterisiert. So werden wirtschaftspolitische Entscheidungen von Erwartungen hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung sowie von möglichen Auswirkungen exogener Schocks (z.B. starke Verteuerungen internationaler Rohstoffpreise) beeinflusst. Auch sollten vor der Implementierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen Er-

wartungen über deren wahrscheinliche Auswirkungen gebildet werden. Es herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, dass solche Entscheidungen nicht aufgrund von Intuition oder unmittelbar wirksam werdenden Sachzwängen getroffen werden sollten, sondern einer Unterstützung durch wissenschaftlich fundierte Methoden und Instrumente bedürfen. Gesamtwirtschaftliche Modelle stellen ein solches Instrument dar. Im Jahr 2005 wurde daher am IHS Kärnten ein ökonometrisches Mehr-Sektorenmodell der Kärntner Wirtschaft entwickelt.<sup>9</sup> Das Modell wurde häufig für verschiedene Anwendungen eingesetzt. So werden regelmäßig für das Amt der Kärntner Landesregierung Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung in Kärnten angefertigt. Solche Wirtschaftsprognosen sind auch im jährlich vom IHS Kärnten im Auftrag der Kärntner Landesregierung erstellten Wirtschaftsbericht enthalten.<sup>10</sup> Auch für verschiedene wirtschaftspolitische Simulationen wurde das Modell bereits verwendet.<sup>11</sup> Die sektorale Disaggregation des Modells macht es möglich, die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen und exogener Einflüsse nach Wirtschaftszweigen differenziert zu untersuchen.

Da ein ökonometrisches Modell auf Daten für gesamtwirtschaftliche Größen (z.B. Bruttoregionalprodukt, Beschäftigung) beruht, muss es regelmäßig auf den aktuellen Datenstand gebracht werden. Eine Aktualisierung des Kärnten-Modells wurde nun im Rahmen eines von der Kärntner Landesregierung beauftragten Projekts durchgeführt. Dabei wurden die im Modell abgebildeten Sektoren neu klassifiziert. Statistik Austria nimmt zur Zeit, internationalen Vorgaben folgend, eine grundlegende Revision der wirtschaftsstatistischen Klassifikationen vor. Dies bedeutet, dass auf die ÖNACE 2003 die ÖNACE 2008 folgt.<sup>12</sup> Die Einteilung der Sektoren im Kärnten-Modell beruhte bisher auf der alten Klassifikation. In der aktuellen Modellversion, in der die neue Einteilung der Sektoren verwendet wird, werden die folgenden acht Wirtschaftsbereiche unter-

schieden: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Herstellung von Waren; Energie- und Wasserversorgung; Bau; Handel; Beherbergung und Gastronomie; sonstige Dienstleistungen. Für diese Wirtschaftszweige enthält das Modell Bestimmungsgleichungen für die Bruttowertschöpfung, die Beschäftigung und die Löhne. Die Kärntenweiten Aggregate werden mittels Addition über die Sektoren ermittelt. Darüber hinaus enthält das Modell das Arbeitsangebot der privaten Haushalte, sodass sich die Arbeitslosigkeit ableiten lässt. Zudem wird das Kärntner Landesbudget detailliert erfasst, d.h. die wichtigsten Einnahmen- und Ausgabenpositionen des Budgets werden abgebildet. Damit lassen sich Aussagen über die Entwicklung des Haushaltssaldos und des Schuldenstandes treffen. Wirtschaftspolitische Entscheidungsvariablen stellen etwa die Investitionen des Landes sowie die Zahl der Landesbediensteten dar. Wichtige exogene Variablen beziehen sich auf die Entwicklung im restlichen Österreich und im Ausland.

Das Kärnten-Modell entspricht nun wieder dem aktuellen Datenstand und kann für Prognosen und wirtschaftspolitische Simulationen eingesetzt werden. Eine erste Anwendung erfolgt im Rahmen des derzeit bearbeiteten Wirtschaftsberichtes des Landes für das Jahr 2009.

K.W.

### Fortsetzung: Konjunktur

Das Wirtschaftsklima hat sich zuletzt vor allem in Asien und Nordamerika kräftig verbessert. Im Euroraum fallen die Einschätzungen zur künftigen Entwicklung in Spanien und Portugal sowie speziell in Griechenland negativ aus. Angesichts der hohen Budgetdefizite und Staatsverschuldung dieser Staaten herrscht an den Finanzmärkten derzeit eine hohe Verunsicherung. Die Renditen für Staatsanleihen dieser Länder sind im April und Mai stark gestiegen. Darüber hinaus hat eine Rating-Agentur die Bonität griechischer Staatsanleihen deutlich herabgestuft. Daraufhin haben die EU-Finanzminister und der Internationale Währungsfonds (IWF) im Mai 2010 einen Fonds in Höhe von insgesamt 750 Mrd. Euro etabliert, aus dem den betroffenen Staaten zinsbegünstigte Kredite zur Verfügung gestellt werden können. Im Zusammenhang mit den Budgetproblemen der genannten Länder verlor der Euro im Frühjahr deutlich an Wert.

Einer ersten Schätzung zufolge ist die saison- und arbeitstägig bereinigte gesamtwirtschaftliche Produktion in der **Europäischen Union**

<sup>9</sup> Vgl. Bodenhöfer, H.J. und Weyerstraß, K. (2005), Ein Simulationsmodell für Kärnten. Projektbericht des IHS Kärnten.

<sup>10</sup> Vgl. z.B. Bodenhöfer, H.J., Bliem, M., Klinglmair, A., Klinglmair, R., Rodiga-Laßnig, P., Weyerstraß K. (2009), Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten 2008, im Auftrag der Kärntner Landesregierung. Projektbericht des IHS Kärnten.

<sup>11</sup> Vgl. z.B. Weyerstraß, K. (2006), Gesamtwirtschaftliche Effekte einer verstärkten Budgetkonsolidierung in Kärnten. In: Wohlgemuth, N. (Hrsg.): „Arbeit, Humankapital und Wirtschaftspolitik. Festschrift für Hans-Joachim Bodenhöfer zum 65. Geburtstag“. Berlin, S. 63-81.

<sup>12</sup> Die ÖNACE ist die nationale Aktivitätsklassifikation. Sie erfasst die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Betrieben und dient statistischen Zwecken.

(EU27) und im **Euroraum** im ersten Quartal um 0,2 % gestiegen. Während die Exporte von der Belebung der globalen Nachfrage profitierten, entwickelte sich der private Konsum angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit schwach. Die Bauinvestitionen litten unter den ungünstigen Witterungsbedingungen und die Ausrüstungsinvestitionen unter der geringen Kapazitätsauslastung.

In **Österreich** stagnierte die um Arbeitstage- und Saisoneffekte bereinigte Wirtschaftsleistung im Zeitraum Jänner bis März, nachdem sie im dritten und vierten Quartal des vergangenen Jahres um 0,7 % bzw. 0,3 % zugenommen hatte. Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung, die seit Mitte 2009 expandiert hatte, sank im ersten Quartal. Die Produktion der Bauwirtschaft ging weiter zurück. Neben den bremsenden konjunkturellen Einflüssen hatte der vergleichsweise kalte und schneereiche Winter Produktionsausfälle zur Folge. Auch in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sank die Wertschöpfung, während sie in den Vermögens- und Unternehmensdienstleistungen stagnierte. Parallel zur Entwicklung in der Industrie waren auch die Exporte nach der Belebung im vorangegangenen halben Jahr leicht rückläufig. Aufgrund der geringen Kapazitätsauslastung, der Unsicherheiten bezüglich der künftigen Nachfrageentwicklung und der ungünstigen Finanzierungsbedingungen schränkten die Unternehmen die Ausrüstungsinvestitionen weiter ein. Der private Konsum expandierte hingegen ebenso stark wie in den drei Quartalen zuvor.

In **Kärnten** erholt sich die Industrie derzeit von den im Vorjahr erlittenen Einbußen. Die Industrieproduktion stieg im Durchschnitt der ersten beiden Monate im Vorjahresvergleich um annähernd 18 %, während sie im Bundesdurchschnitt nur um 0,2 % zunahm. In der Sachgütererzeugung wurde die Produktion im Jänner in Kärnten um 23 % ausgeweitet, während sie in ganz Österreich um 3 % zurückging. In einer Umfrage der Industriellenvereinigung beurteilten die Unternehmen im ersten Quartal 2010 die Auftragslage und die künftige Produktionstätigkeit optimistisch. Die Beschäftigung in der Industrie dürfte aber weiter sinken.

K.W.

### Fortsetzung: Kommentar

außen nicht, noch nicht oder nur in unzureichendem Maße hätten beschlossen werden können. Es sind sehr einschneidende und höchst unpopuläre Maßnahmen die durch diesen Druck möglich geworden sind – auch um den Preis der Abwahl der heutigen Regierungen bei nächster Gelegenheit. Nachdem die Länder lange „über ihre Verhältnisse gelebt“ haben, sind diese Maßnahmen auch notwendig (allerdings müssen sie auch durchgesetzt werden, sonst wird der Gewährleistungspakt tatsächlich zu einem unkalkulierbaren Abenteuer). Und dasselbe gilt für praktisch alle Länder der Eurozone, einschließlich Österreichs, die derzeit noch ein ausgezeichnetes Rating am Kapitalmarkt haben, aber zugleich eine Dynamik der Staatsverschuldung aufweisen, die in den kommenden Jahren umgekehrt werden muss, um „griechische Verhältnisse“ zu vermeiden.

Es ist den Finanzmärkten nicht vorzuwerfen, dass sie die Unhaltbarkeit der fiskalischen Situation Griechenlands erkannt und daraus ihre Konsequenzen gezogen haben. Wenn das griechische Desaster unter dem Druck der Finanzmärkte dazu führt, dass auch andere Euroländer ihre Budgetdefizite und ihre Verschuldung mit rigorosen Sparmaßnahmen zurückführen – und ein zuvor aufgeweichter Stabilitätspakt der Eurozone so verschärft wird, dass staatliche Budgets nicht in ähnlicher Weise wieder aus dem Ruder laufen können sowie ein Verfahren zu einer geordneten staatlichen Insolvenz beschlossen wurde – dann hat diese Spekulation etwas Positives bewirkt und wird in Zukunft nicht neue (wohl aber andere) Ansatzpunkte finden.

H.J.B

### Impressum

**Herausgeber:** IHS Kärnten  
**Adresse:** Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt  
 Tel. (0463)592150, Fax DW 23  
**e-mail:** info@carinthia.ihs.ac.at  
**Website:** www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, der Wirtschaftskammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 07.06.2010